

Pressemitteilung

Stadtwerke stehen hinter der Energiewende

- Erneuerbare Energien entwickeln sich vor allem im Stromsektor sehr gut
- Bessere Rahmenbedingungen des Bundes für mehr Planungssicherheit im Süden gefordert
- Mehr als 100 Teilnehmer von kleinen und mittleren Stadtwerken diskutierten darüber beim 13. KMU-Forum Süd des BDEW

Die erneuerbaren Energien sind in Deutschland vor allem im Stromsektor mit ca. 38 Prozent Anteil an der Stromerzeugung auf einem guten Weg. Allerdings gibt es verschiedene Punkte, die den weiteren Ausbau insbesondere in Süddeutschland ins Stocken geraten lassen. Wechselnde Rahmenbedingungen im Bereich der Windenergie sowie die kurzfristige Kürzung der Vergütung für neue Photovoltaik-Anlagen und das damit verbundene zunehmende Projektrisiko beschäftigen die kleinen und mittleren Stadtwerke, die beim 13. KMU-Forum Süd am 14. November in Reutlingen darüber diskutierten.

VfEW-Präsident Klaus Saiger, der gleichzeitig Geschäftsführer der FairNetz GmbH in Reutlingen ist, nannte die aktuelle Zeit für Netzbetreiber "spannend". Es gebe derzeit viele Herausforderungen, welche die Stadtwerke mit der nötigen politischen Unterstützung aber meistern werden. "Wir als Unternehmen stehen hinter der Energiewende und wollen sie voranbringen", so Saiger vor den mehr als 100 Teilnehmern des KMU-Forums. "Dafür benötigen wir aber Freiheiten, um engagiert und kreativ daran zu arbeiten." Die Aktualisierung des bestehenden Regulierungsrahmens hält er daher für unumgänglich, wie er in einer Diskussion mit Umweltminister Franz Untersteller und Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des BDEW, deutlich machte.



Als kontraproduktiv für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg bewerteten viele Teilnehmer den aktuellen Entwurf des Energiesammelgesetzes des Bundes, der Anfang November vorgelegt wurde. Aus Sicht von Umweltminister Franz Untersteller fehle die Chance für den Ausbau der Windkraft im Süden: "Wir brauchen die richtigen Voraussetzungen im Bund, um hier kostengünstige Windkraftanlagen erstellen zu können. Wenn keine Differenzierung zwischen Nord und Süd erfolgt, wird es keine erfolgreichen Ausschreibungen für den Süden geben." Auch das Vorhaben, die Einspeisevergütungen für neue Photovoltaik-Anlagen bereits ab Januar 2019 um 20 Prozent zu kürzen, sieht Untersteller ebenso wie die Energiewirtschaft negativ. Bereits weit entwickelte Projekte würden dadurch gefährdet. Der gerade wieder steigende Zubau an PV-Anlagen werde dadurch gedämpft.

CO2-Preissignal gefordert

Kritisch sieht die Energiewirtschaft den Fortschritt der Energiewende im Verkehrs- und Wärmesektor. "Im Bereich der CO2-Reduktion hat der Verkehrssektor bisher nichts gebracht", so Stefan Kapferer in der Diskussion. "Wir brauchen ein CO2-Preissignal, um im Non-ETS-Bereich die Wettbewerbsfähigkeit des Produktes Strom zu stärken." Auch Umweltminister Franz Untersteller sprach sich für eine stärkere CO2-Bepreisung aus. "Das Thema CO2-Bepreisung ist das zentrale Instrument um die CO2-Minderungsziele bis 2020 zu erreichen."

Stuttgart, 16. November 2018

Über den VfEW:

Der Verband für Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (VfEW) vertritt mit seinen über 240 Mitgliedsunternehmen nahezu alle Energie- und Wasserversorgungsunternehmen und versteht sich als deren Sprachrohr in Baden-Württemberg. Er ist gleichzeitig Landesorganisation des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW). Der BDEW vertritt als Spitzenverband der Energie- und Wasserwirtschaft die Interessen seiner rund 1.800 Mitgliedsunternehmen auf Bundesebene.

Absender und Pressekontakt:

Verband für Energie- und
Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V.
Mandy Saur, Pressereferentin
Schützenstraße 6
70182 Stuttgart
Telefon 0711 933 491 20
Mobil 0171 932 65 58
Telefax 0711 9901489
presse@vfew-bw.de
www.vfew-bw.de